

Gedanken zum 1. Mai

Angst geht um in Europa, Angst vor Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, sozialem Abstieg und Verarmung. Massenarbeitslosigkeit greift nicht nur in Südeuropa um sich. Auch in Deutschland mehren sich die Hiobsbotschaften über Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Vor der Bundestagswahl wird noch mühsam versucht, den Anschein einer wenigstens einigermaßen stabilen Entwicklung zu erwecken, aber längst können auch hierzulande die arbeitenden Menschen sich nicht mehr leisten, was sie produzieren.

Dass ein großer Teil der Arbeitslosigkeit derzeit noch auf andere Länder abgewälzt werden kann, liegt daran, dass Deutschland immer noch Export-Vizeweltmeister ist. Dabei spricht nichts dagegen, dass Warenströme aus Deutschland überall in der Welt, Menschen mit Gütern versorgen, die sie brauchen. Aber nur, wenn von dort in gleichem Umfang auch Waren zurückkommen, welche die Menschen hierzulande brauchen und die sie auch bezahlen können. Eine Wirtschaft, die nur noch funktioniert, wenn sie Exportüberschüsse erzielt, wird (auf Dauer) eben nicht funktionieren. Die Exportüberschüsse der Einen sind nämlich die Handelsbilanzdefizite der Anderen. In diesen Ländern bricht die Importkraft zusammen und damit auch die deutschen Exportmöglichkeiten. Und das wird nicht nur in Südeuropa passieren, sondern zwangsläufig in jedem Land, das wir niederkonkurrieren.

Abgewälzte Krisen kommen zurück, früher oder später, aber todsicher

Da erweist sich Standort Konkurrenzdenken, wie es auch in den Gewerkschaften weit verbreitet ist, letztendlich, nicht nur als mörderisch, sondern auch als selbstmörderisch. Jedweder Kaufkraftverzicht der Beschäftigten und ihrer Familien, der Arbeitslosen und Rentner, verstärkt die Überproduktion und damit Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit. Der eigentliche gewerkschaftliche Grundgedanke ist es, die Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander zu unterbinden. Wenn es Funktionäre gibt, die Zugeständnisse predigen (und machen), um die Wettbewerbsfähigkeit der „eigenen“ Wirtschaft, des „eigenen Konzerns, des „eigenen Standortes“ zu stärken, untergräbt dies die Gewerkschaften selbst.



Deutschland ist ein Land mit sensationell niedrigen Lohnstückkosten. **Lohn- und Sozialdumping sind der Brennstoff, mit der Exportüberschussmotor befeuert wird.** Vor allem ist es der explosionsartig anwachsende Billiglohnbereich. Tariflich gesicherte, unbefristete Normalarbeitsplätze

werden mehr und mehr zur Ausnahme, ungesicherte (prekäre) Arbeitsverhältnisse zur Regel. Leiharbeit, Dauerbefristungen, erzwungene Teilzeitarbeit, von der niemand leben kann, Scheinwerkverträge, ein Euro-Jobs, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse usw. bestimmen mehr und mehr die gesellschaftliche Realität.

Und wieder tragen die Gewerkschaften mit ihrer „Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft“ (entgegen allen 1. Mai-Sonntagsreden) selbst zu dieser Entwicklung bei. Aktuell sind die DGB-Gewerkschaften gerade dabei, mit neuen Dumping-Tarifverträgen die Gleichbehandlung der Leiharbeiter (die sie in ihrem 1. Mai-Aufruf treuherzig fordern) selbst zu untergraben.

Eine andere Welt ist möglich

Vollbeschäftigung, wäre machbar. Weltweit gibt es unendlich viel zu tun. Ausreichend gesunde Ernährung, sauberes Wasser, erneuerbare Energie, Bildung, soziale Versorgung, Kultur und Wohlstand für alle Menschen. Nicht nur Schonung, sondern auch Sanierung der Umwelt, Ausrottung von Krankheiten und und und... Alles wäre machbar. Alle Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Die Maschinen und Anlagen, die Rohstoffe, die Infrastruktur und die Menschen, die das alles können.

Aber die Herren in den Chefetagen der Banken und Konzerne, und in den Regierungen sagen: „Für die Kapitalverwertung rechnet sich das nicht!“

Es wird Zeit, dass die Menschen in aller Welt sich fragen, ob sich die Kapitalverwertungsinteressen für sie rechnen. Oder ob es nicht an der Zeit ist, nach eigenen Maßstäben unter eigener Führung sich ein besseres Leben aufzubauen.

Deshalb gilt an diesem 1. Mai:

- **Massenkaufkraft stärken, statt Standort-egoismus, Lohn- und Sozialdumping.**
- **Politisch aktiv werden gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelt.**
- **Frieden sichern, statt Militäreinsätze für Wirtschaftsinteressen.**
- **Hoch die internationale Solidarität.**

Manfred Jansen, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

 <p>...und arm bist Du...</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme der Rente mit 67 • Renteneintrittsalter senken • Altersarmut verhindern 	<p>Neue Broschüre der Gewerkschaftslinker rund um die Rente</p> <p>Bestellungen über: Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Nauroder Str. 130 65191 Wiesbaden</p> <p>Preis: 1 Euro plus Versandkosten</p>
---	---

Bericht über Streikkonferenz in Stuttgart: Weitere Vernetzungen und Erfahrungsaustausch erwünscht

Vom 1. bis 3. März fand in Stuttgart die Konferenz „Erneuerung durch Streik“ statt. Sehr konkret diskutierten die 500 TeilnehmerInnen auf dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit ver.di Stuttgart ausgerichteten Kongress darüber, wie das Mittel des Streiks wieder stärker genutzt werden kann und welche Arbeitskämpfmethode sinnvoll sind. Die Veranstaltung war die größte ihrer Art seit Jahren. Betriebliche und ehrenamtliche Funktionäre (Betriebsräte, Vertrauensleute) diskutierten mit Gewerkschaftssekretären sowie linken Wissenschaftlern und Studenten (auch viele junge Aktivisten), wie die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit wieder hergestellt werden kann.

Deutschland ist zwar ein streikarmes Land. In Frankreich, Dänemark, Spanien, aber auch in Kanada legen Beschäftigte deutlich häufiger die Arbeit nieder. Und doch tut sich auch hier etwas: Streiks werden jünger, weiblicher und experimentierfreudiger, so das Fazit der Konferenz. Die vielen Berichte über lokale und betriebliche Auseinandersetzungen auf der Konferenz korrigieren das vorherrschende Bild eines ruhigen Deutschlands ohne Konflikte zwischen Kapital und Arbeit. Auch die kurz vor der Konferenz erschienene Studie der Hans-Böckler-Stiftung spricht von einer deutlichen Zunahme der Arbeitskämpfe im Jahr 2012.

Internationale Solidarität

Den Auftakt der Konferenz bildete am Freitagabend ein Internationales Podium zum Thema „Politische Streiks im Europa der Krise: Neue Dimensionen der Proteste gegen die Kürzungspolitik“. **Nuria Montoya** (Generalsekretärin der CC.OO in Barcelona), betonte die Bedeutung der Studierenden für den Generalstreik, der über 13 Mio. Menschen in Spanien auf die Straße brachte. Und der Brite **Sean Vernell** (Mitglied im Vorstand der UCU, Großbritannien) ließ keine Zweifel, dass Solidarität das Wichtigste für die Streikenden ist. Aber Patentrezepte gäbe es nicht. „Das müsst ihr in Deutschland schon selber machen“, so Vernell.

Zunahme der Arbeitskämpfe im Dienstleistungssektor

„Der Streik ist das wichtigste Mittel der Gewerkschaften, ihre Forderungen durchzusetzen“, stellte der Linke-Vorsitzende **Bernd Riexinger** fest. Allerdings sei dieses Mittel gerade in den Industriebetrieben in den vergangenen Jahren nur sehr wenig genutzt worden. Anders im Dienstleistungssektor, wo die Zahl der Arbeitskämpfe deutlich zugenommen hat. Als Beispiele nannte Riexinger die z.T. wochenlangen Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst, in Kitas, im Einzelhandel, in Krankenhäusern, in der Gebäudereinigung, in Call-Centern. Diese seien auch Folge „dramatischer tarifpolitischer Veränderungen“, durch die Löhne und Arbeitsbedingungen im Dienstleistungsbereich unter Druck gerieten.

Flächendeckende Streiks im Einzelhandel unter schwierigen Bedingungen

Wie schwierig es ist, in solchen Betrieben Arbeitsniederlegungen zu organisieren, machte die Stuttgarter ver.di-Sekretärin **Christina Frank** im Einzelhandel deutlich. So werde beispielsweise die Belegschaft des Textilhändlers H&M statistisch gesehen alle fünf Jahre komplett ausgetauscht. Die Beschäftigungsverhältnisse seien extrem flexibilisiert. Bei C&A gelte jeder Einsatz als neues Arbeitsangebot, so dass es de facto nur tägliche Arbeitsverträge gebe. „Unter diesen Bedingungen ist es sehr schwer, gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen“, so C. Frank. Dennoch sei es in Stuttgart vielfach gelungen, flächendeckende Streiks auf die Beine zu stellen. Die intensive Beteiligung der Beschäftigten an den Strategiediskussionen sei dafür ebenso nötig gewesen wie die Entwicklung einer eigenen „Streikkultur“.

Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften wieder herstellen

Professor Dörre sagte, bei gewerkschaftlicher Erneuerung gehe es darum, die Konfliktfähigkeit der Beschäftigtenorganisationen wieder herzustellen. „Es gibt wachsende Bereiche, in denen es nicht einmal mehr gelingt, basale

Mitbestimmungsrechte durchzusetzen“. Doch auch in Krisenzeiten hätten die Gewerkschaften eine „strategische Wahl“. Z.B. könnten sie versuchen, beim Thema Leiharbeit hinter den Kulissen einen Deal mit der Bundesarbeitsministerin zu schließen – oder sie könnten gegen die Ausbreitung prekärer Beschäftigung mobilisieren, um auf Politik und Kapital Druck auszuüben. „Der Streik ist die zugespitzteste Form der aktiven Anwendung sämtlicher Machtressourcen“, so Dörre.

Gewerkschaften werden erst im Streik erfahrbar

Heiner Dribbusch vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung bestätigte auf Grundlage seiner Forschungen, es gebe „scheinbar einen positiven Zusammenhang zwischen Streikaktionen und Mitgliedergewinnung“. In der Regel nehme die Mitgliederzahl in Zusammenhang mit Arbeitskämpfen zu, denn dort werden die Gewerkschaften für viele Beschäftigte im Streik sicht- und erfahrbar.

Kampagne gegen Dumping-Tarife bei Leiharbeit gewinnt an Fahrt

Am Rande der Konferenz verbreitete das Stuttgarter Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ einen Aufruf zur Kündigung der entsprechenden DGB-Verträge. Sie plädieren dafür, die von den DGB-Gewerkschaften mit den Leiharbeitsverbänden BAP und iGZ geschlossenen Vereinbarungen ersatzlos zu kündigen. Wird kein neuer Vertrag abgeschlossen, „dann gilt nach Ablauf der sechsmonatigen Kündigungsfrist ab dem 1. November 2013: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, heißt es im Aufruf. Gegen die Verlängerung der DGB-Verträge machen linke Gewerkschafter mobil – unter anderem mit dem genannten Aufruf, der unter www.Schluss-mit-Leiharbeit.tk unterschrieben werden kann. Viele TeilnehmerInnen der Konferenz taten das noch vor Ort.



Erfahrungsaustausch und Vernetzung dringlich

Die Konferenz ermöglichte allen TeilnehmerInnen einen sehr praktischen Erfahrungsaustausch, wofür offensichtlich ein großes Bedürfnis bestand. Alle waren sich auch einig, dass die Konferenz nur ein Anfang gewesen sein kann und es weiterer Vernetzung bedarf, was sowohl auf örtlicher Ebene als auch branchenbezogen in ersten Ansätzen gelang. Es bestand sehr großes Interesse, sich über Aktions- und Streikerfahrungen auszutauschen und zu koordinieren. Ein Sammelband mit wichtigen Konferenzbeiträgen ist geplant, der auf regionalen Veranstaltungen vorgestellt werden soll.

Christa Hourani, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Weitere Infos unter (u.a. Pressespiegel zur Konferenz):
www.rosalux.de/Streikkonferenz

Blitzlicht auf die aktuelle Tarifrunde 2013

Die Tarifrunde 2013 hat begonnen. Für rund 12,5 Mio. Beschäftigte laufen in diesem Jahr die Lohn- und Gehaltstarifverträge aus. Die Tarifforderungen der Gewerkschaften bewegen sich bislang zwischen 5 und 6,6 %. Die jahresbezogene Tarifsteigerung betrug im letzten Jahr 2,7 % (2011: 2,0 %), was Reallohnverluste bedeutete. Auch dieses Jahr zeichnet sich noch keine Wende ab.

In einigen Branchen haben bereits mehrere Verhandlungsrunden stattgefunden, erste Angebote und auch erste Ergebnisse liegen auf dem Tisch. Die **Ergebnisse** sind eher **bescheiden** und liegen um die 3 %. Oft wurden **längere Laufzeiten** vereinbart (bis zu 26 Monaten), obwohl die Forderungen Laufzeiten von 12 Monaten beinhalteten. Die Tarifrunden für die großen Branchen bei IG Metall, ver.di und IG Bau stehen noch am Beginn. Der größte Angriff läuft im **Einzelhandel**. Dort hat der Handelsverband alle Tarifverträge

gekündigt. **Zentrale Schutzmechanismen und wesentliche Bestandteile des Tarifvertrages stehen auf der Kippe**. Es gibt eine hohe Bereitschaft der Einzelhandelsbeschäftigten, gegen Lohndumping und für die Schutzvorschriften des Manteltarifvertrages zu kämpfen. Notfalls auch mit Streik. Die Auseinandersetzung bedarf der solidarischen Unterstützung aller Gewerkschaften. Dieser Generalangriff muss gemeinsam abgewehrt werden.

Leiharbeits-Tarifverträge: ersatzlose Kündigung notwendig

Seit Anfang des Jahres gibt es in der Gewerkschaftslinken, Labournet, der Jungen Welt u.a. die Diskussion, dass die Leiharbeits-Tarifverträge ersatzlos gekündigt werden sollten. Damit könnte, wie im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgelegt, die Gleichbezahlung der LeiharbeiterInnen erreicht werden. Bei der großen Streik-Konferenz Anfang März in Stuttgart wurden Unterschriften unter einen Aufruf des Stuttgarter Krisenbündnisses gesammelt. (<http://www.schluss-mit-leiharbeit.tk/>)

Gewerkschaften verhandeln in aller Stille

Vor Tarifverhandlungen legt die IG Metall ebenso wie andere Gewerkschaften großen Wert auf eine monatelange Forderungsdiskussion. Ganz anders bei den Verhandlungen der DGB-Gewerkschaften mit den Leiharbeitsverbänden BAP und IGZ. Auch werden normal alle Tarifkommissionen von Delegiertenversammlungen gewählt – aber nicht so bei der Tarifkommission Leiharbeit.

Aktuell liegen die unteren Stundenlöhne für Leiharbeiter bei 8,19 € im Westen und 7,50 € im Osten. In den Verhandlungen wollen die Gewerkschaften nun eine Untergrenze von 8,50 €, eine Angleichung der Ost-Entgelte und Verbesserungen bei der Eingruppierung durchsetzen. In vielen Branchen hätte man aber auch damit – trotz der zusätzlich geltenden Branchenzuschläge – keine Chance auf Gleichbezahlung mit der Stammbelegschaft. In der Autoindustrie z.B. ist der Abstand durch die viel niedrigeren Schichtzuschläge kaum auszugleichen. Dort arbeiten Tausende Leiharbeiter, wenn sie nicht gerade wieder als Krisenpuffer rausfliegen.

Wollen die DGB-Gewerkschaften wieder vieljährige Laufzeiten, um wieder ihre Ruhe zu haben, oder werden sie sich mit einem Jahr begnügen? Streben die Gewerkschaften einen schnellen Abschluss an, wie in der Metallindustrie? Bei der bescheidenen Forderungshöhe (3,8% im Westen, jedenfalls für die unterste Entgeltgruppe) müsste das leicht sein, denn die Arbeitgeberseite ist sicher nicht daran interessiert, dass die Diskussion um sich greift.

Ersatzlose Kündigung der Leiharbeits-Tarifverträge

Fordern wir die oft versprochene Beteiligung ein! Wir treten weiterhin für die ersatzlose Kündigung der Tarifverträge ein, wenden uns gegen einen Abschluss hinter dem Rücken der Gewerkschaftsbasis und fordern eine breite Diskussion in allen Gewerkschaften über Leiharbeit und alle anderen Formen prekärer Beschäftigung. Nutzen wir dafür die politische Situation im Wahljahr! Nutzen wir die anstehenden Tarifrunden und den 1. Mai, wie auch die Blockupy-Proteste, um die Front für Equal Pay zu stärken. Unser Endziel ist die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse.

An -DGB Bundesvorstand, -ver.di Bundesvorstand, IG Metall Bundesvorstand, IG BCE Bundesvorstand, ver.di Tarifkommission Zeit-/Leiharbeit, Tarifpolitische Grundsatzabteilung ver.di

Offener Brief gegen DGB Zeitarbeits-Tarifverhandlungen: Equal Pay durchsetzen statt Lohndumping tarifieren – Nein zum DGB Tarifvertrag in der Zeitarbeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

überrascht und verärgert haben wir, Mitglieder verschiedener DGB Gewerkschaften aus dem Bundesgebiet, von den Neuverhandlungen des Tarifvertrags zwischen der DGB Tarifgemeinschaft und den Leiharbeitsverbänden BAP und IGZ erfahren. Wir wenden uns deshalb mit diesem offenen Brief an euch....

Die Ausweitung der Leiharbeit und des damit verbundenen Lohndumpings führt zu einer Ausweitung prekärer Beschäftigung, setzt Belegschaften unter Druck und schwächt uns in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Umso wichtiger ist eine gemeinsame Diskussion darüber, wie die Leiharbeit zurückgedrängt und Equal Pay sowie Equal Treatment durchgesetzt werden können. Eine solche Diskussion muss unter Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gremien geführt werden....

Eine ersatzlose Kündigung des Tarifvertrags ermöglicht die Durchsetzung einer gleichen Bezahlung von Leiharbeiter/innen. Eine Neuaufgabe des Tarifvertrags hingegen zementiert Lohndumping durch die Leiharbeit und beschädigt unsere gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit nachhaltig.

Wir sind deshalb nicht mehr bereit, einen erneuten DGB Tarifvertrag in der Zeitarbeit mitzutragen. Wir fordern von euch:

- Die **ersatzlose Kündigung des DGB Tarifvertrags mit den Leiharbeitsverbänden**
- Eine **innergewerkschaftliche Information und Diskussion zu diesem Thema**
- Eine **gemeinsame Gewerkschaftsoffensive (im Wahljahr!)** für eine flächendeckende, gesetzlich geregelte Gleichbezahlung und -behandlung von LeiharbeiterInnen
- Eine **gewerkschaftliche Debatte über die nächsten Schritte zur Zurückdrängung und Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie der Leiharbeit**

Der gesamte Text steht unter:

<http://www.labournet.de/>

Als ErstunterzeichnerInnen meldeten sich innerhalb kürzester Zeit ca. 200 Kolleginnen und Kollegen. Auch jetzt, nach Absenden des Briefes werden noch Unterschriften gesammelt. Der Offene Brief darf auch gerne weiter verbreitet werden. Unterstützungserklärungen bitte mit Name, Wohn- bzw. Arbeitsort, Gewerkschaft und ggf. Funktion mailen an mag.wompel@labournet.de

Aufruf der Frauenfriedenskonferenz zum Treffen Michael Sommer/Thomas de Maiziere

WIR WIDERSPRECHEN!

Am 5. Februar 2013 folgte der offiziell *Bundesverteidigungsminister* genannte Thomas de Maiziere (CDU) der Einladung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in das DGB-Haus, um dort gemeinsam vor die Medien zu treten.

„Die Bundeswehr ist ein Teil der Friedensbewegung“, erklärte de Maiziere, und Michael Sommer widersprach nicht.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Bundeswehr, aufgebaut von der Nazigeneralität, entgegen dem Potsdamer Abkommen von 1945 und gegen den Widerstand der Arbeiter- und Friedensbewegung, war und ist kein Teil der Friedensbewegung, im Gegenteil. Sie war und ist ein Instrument der deutschen Banken und Konzerne, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Sie war und ist ein Instrument, um deren Interessen weltweit abzusichern – wie es inzwischen jeder – auch Michael Sommer – in den „verteidigungs-politischen Richtlinien“ nachlesen kann.

„Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr“, erklärte Michael Sommer.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Arbeiter- und Friedensbewegung hat zu Recht gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gekämpft. Tausende Kolleginnen und Kollegen sind deswegen mit Verfolgung und Gefängnisstrafen belegt worden. Und heute zeigt jeder Tag erneut, wie belastet das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist. Um nur ein paar Schlaglichter zu nennen:

Weltweite Kriegseinsätze: Seit 1991 wird in immer offenerer Form die Aufgabe der „Bundeswehr“ als weltweit einzusetzendes Instrument zur Sicherung der deutschen Kapitalinteressen festgeschrieben. Die deutsche Armee ist längst keine „Bundeswehr“ mehr, sondern entgegen ihrem grundgesetzlich niedergeschriebenen Auftrag eine weltweite Einsatzarmee, die in 12 Ländern mit fast 9000 Soldaten Krieg gegen andere Völker führt...

Einsatz in Klassenzimmern: Trotz aller Proteste werden vermehrt Bundeswehrangehörige eingesetzt, um bereits unsere Kinder für das Töten und Sterben zu werben, 2012 wurden an deutschen Schulen 334.000 Schüler dem Einfluss von Bundeswehrjugendoffizieren und Wehrdienstberatern ausgesetzt...

Der Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk wird mit dem flächendeckenden Netz der Heimatschutzkommandos seit 2006 systematisch aufgebaut...

Zu all dem schweigt Michael Sommer nicht nur, sondern behauptet entgegen allen Beschlusslagen des DGB, dass der DGB keine Position gegen die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen den Afghanistan-Krieg hätte. Mehr noch, im klaren Widerspruch zur Satzung des DGB erklärt Sommer, man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten“, was einem Freibrief zur Aufrüstung gleichkommt.

München, 16. Februar 2013 Arbeitstreffen der Initiative Frauenfriedenskonferenz

Den vollständige Aufruf und die Unterschriftensammlung findet ihr unter:

<http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/02/frauenfrieden.pdf>



10 Jahre Agenda 2010

10 Jahre Abwärtsspirale und Disziplinierung

Selbst in den Tageszeitungen der Mainstreammedien gab es scharfe Kritik an der Agendapolitik, die die SPD/Grüne-Regierung 2003 auf den Weg gebracht hat. Hier Auszüge aus dem Gastbeitrag von Christoph Butterwegge am 3. April 2013 in der Süddeutschen Zeitung.

Zehn Jahre Agenda 2010 - Auf dem Weg nach unten

Hartz IV brachte die Armut in die Mitte der Gesellschaft und vertiefte die Spaltung zwischen Arm und Reich. ...

Neben der Agenda 2010 ist Hartz IV die Chiffre für den tiefsten Einschnitt in das deutsche Sozialmodell seit 1945. Dass die Gesamtzahl der Transferleistungsempfänger zuletzt ebenso abgenommen hat wie die relative Höhe der Zahlbeträge, liegt nicht etwa an einem Rückgang der Armut beziehungsweise der materiellen Bedürftigkeit, sondern primär an den durch die Agenda-Reformen drastisch verschärften Voraussetzungen, Kontrollen und Repressalien der Jobcenter und Sozialämter. Sowohl die Agenda 2010 als auch Hartz IV als ihr Herzstück fungierten als Drohkulisse und Disziplinierungsinstrument.

Dossier über Agenda 2010 im Labournet unter:

Politik => im Fokus => Dossier: 10 Jahre Agenda 2010

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiana Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 18. April 2013

Blockupy 2013: ein kleines Ausrufezeichen im (noch) ruhigen Deutschland

Die Politik der Troika aus EU, Weltwährungsfonds und EZB betreibt eine knallharte Klassenpolitik: Die Lasten der anhaltenden tiefen Wirtschaftskrise sollen die Lohnabhängigen tragen. In Südeuropa wird das vorexerziert, was über kurz oder lang auch in den nördlichen Euro-Ländern droht: **Lohn- und Rentenkürzungen, Sozialabbau und ein rabiater Abbau von Rechten der Gewerkschaften und betrieblicher Interessenvertretungen.**

Das Traurige hierzulande ist, dass die Vorstände des DGB und seiner Einzelgewerkschaften so tun, als ginge sie das alles gar nichts an, als könnten die Menschen sich nur einfach wegducken und dann ginge der Kelch an ihnen vorüber. Je länger aber der Widerstand auf sich warten lässt, umso frecher wird die Gegenseite werden.

Gewerkschaftliche Gliederungen sind bisher nur am Rande an den Antikrisen-Protesten beteiligt, auch wenn sich viele Einzelmitglieder in den örtlichen Bündnissen einbringen. Wir sollten durch Verbreitung des bundesweiten Aufrufs und durch Mobilisierungen in unseren gewerkschaftlichen Strukturen dafür sorgen, dass sich dies in den nächsten Wochen ändert.

Freitag, 31.5.: Blockade der Europäischen Zentralbank

Samstag, 1.6.: Internationale Demonstration,

Weitere Infos, die Aktionsplanung sowie der Aufruf zu den Aktionstagen unter:

<https://blockupy-frankfurt.org/>

